

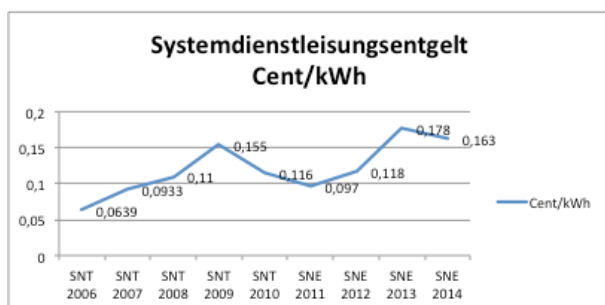
Stellungnahme zur SNE-VO 2012- Novelle 2014

18. November 2013

Zum Entwurf der Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 (SNE-VO 2012) geändert werden soll (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012-Novelle 2014, SNE-VO 2012-Novelle 2014) erlauben wir uns, wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Systemdienstleistungsentgelt: Anpassung des Marktes für Sekundärregelung

Das Systemdienstleistungsentgelt soll laut § 8 österreichweit einheitlich mit 0,163 Cent/kWh festgesetzt werden, was eine geringfügige Absenkung im Vergleich zum bestehenden Wert (0,178 Cent/kWh) bedeutet, jedoch immer noch deutlich über dem Betrag vergangener Jahre liegt.



Der deutliche Anstieg der letzten beiden Jahre um 84 Prozent ist insbesondere auf die Neuorganisation der Aufbringung der Sekundärregelenergie zurückzuführen (Aufbringung der Komponente Arbeit über Ausschreibung).

Die Höhe des festgelegten Tarifes ist nicht nachvollziehbar und auch den Erläuterungen ist keine Erklärung für die Höhe des Tarifansatzes zu entnehmen.

Am Ausgleichs- und Regelenergiemarkt in Österreich gibt es bisher zu wenig aktive Marktteilnehmer und

die Preise liegen mittlerweile über denen des benachbarten Auslandes. Eine positive Gestaltung der Marktregeln für einen funktionierenden Markt ist überfällig.

Über die Wasserkraftanlagen, welche derzeit bereits am Ausgleichs- und Regelenergiemarkt teilnehmen, haben eben auch andere erneuerbare Energien wie Windkraft, zur Lieferung von negativer Ausgleichsenergie und auch speicherbare Erneuerbare, wie beispielsweise Biogasanlagen, das Potential äußerst effizient und kostengünstig diese Energie bereitzustellen. Vor allem durch die Kombination verschiedener Erzeugungstechnologien („Pooling“, „Kombikraftwerk“) kann dieses Service gestellt werden. Hierfür braucht es aber eine Änderung der Marktregeln.

Hindernisse sind die derzeit bestehenden Rahmenbedingungen, mangelnde Anreize für die Investition und die Teilnahme am Regelenergiemarkt. Beispielsweise ergeben sich aus den Präqualifizierungsbedingungen für die Sekundärregelleistung Vorgaben, die für Erzeugungsanlagen im Pool nur schwer zu erfüllen sind. Sinnvoll wäre auch eine Verkürzung der Zeitscheiben bei den Ausschreibungen für die Sekundärregelenergie oder Anpassungen der Bedingungen betreffend Mindestgröße für Angebote oder betreffend Anfahrgeschwindigkeit und –gradient.

Durch verschiedene Anpassungen der Regeln des Strommarktes können die Kosten für Regelenergie minimiert werden. Die bestehenden fossilen Kraftwerke sind derzeit nur begrenzt für die Ergänzung zur prognostizierbar volatilen Erzeugung erneuerbarer Energien ausgelegt und können die entsprechenden Rampen bei langfristigen Stromfahrplänen nur ungenügend leisten. Gleichzeitig steigt die Prognosequalität von Windenergie in Richtung des Erzeugungszeitpunktes massiv an. Die derzeitige Praxis, die Fahrpläne für den Stromhandel um 10:00 Uhr am Vortag abzugeben, ist mittlerweile überholt. IKT (Informations- und

Kommunikationstechnologie) und moderne Prognoseverfahren ermöglichen die Verkürzung dieser Intervalle und die kostengünstige Integration fossiler Kapazitäten in den erneuerbaren Markt.

Die bestehenden Regeln sind auch bisher offensichtlich nicht attraktiv und brauchbar um Potentiale auf der Nachfrageseite (z.B. Teilnahme von nachfrageseitiger Laststeuerung bei industriellen Abnehmern) zu nutzen.

2. Netznutzungsentgelt für Anbieter von Regelernergie

Der Entwurf sieht in § 4 Abs 1 Z 9 erstmals ein Netznutzungsentgelt für Anbieter von Regelernergie vor und zwar in Höhe des Entgelts für Pumpspeicherkraftwerke. Für die IG Windkraft ist der Zusammenhang der Textierung der Verordnung und der diesbezüglichen Erläuterung nicht erkennbar. Es ist ein bedenkliches Auseinanderklaffen der Verordnung und der Erläuterungen erkennbar.

Im Verordnungstext ist in der Bestimmung, mit Bindestrichen eingefügt, „ausgenommen Pumpspeicherkraftwerke“ vermerkt. In den Erläuterungen ist dazu nichts zu entnehmen.

Weite Passagen des Textes der Erläuterungen, wie etwa „das Entgelt bezieht sich ausschließlich auf die Entnahme von Energie aus dem Netz“, finden keinen Anknüpfungspunkt in der Verordnung.

Die tatsächliche Anwendung der Regelung ist aus der Verordnung und der Erläuterung für die IG Windkraft nicht erkennbar und insbesondere ist nicht klar, ob Windenergie bei Lieferung von negativer Ausgleichsenergie (Abschaltung einer in Betrieb

befindlichen Windkraftanlage) nun dieses Netznutzungsentgelt zu leisten hat, während eben Pumpspeicherkraftwerke davon ausgenommen sind.

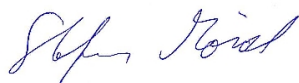
Unklar ist auch wie Anbieter transparent darüber informiert werden können (im Vorfeld), ob ihre Leistungen (Entnahme von Energie) zu einer höheren Lastspitze führen oder nicht – da dies nach den Ausführungen der Erläuterung das Kriterium für die Verrechnung des Netznutzungsentgeltes sein soll.

3. Keine Zusammenfassung von Windkraftanlagen zu Kraftwerksparks

Auch wenn inzwischen auf gesetzlicher Ebene versucht wurde, die Voraussetzung für die Zusammenfassung von Windkraftanlagen zu Kraftwerksparks zu schaffen, möchten wir erneut darauf hinweisen, dass wir diese Vorgehensweise für sachlich nicht gerechtfertigt halten und Windkraftanlagen unter den Schwellenwert von 5 MW fallen sollten.

4. Ausnahme für Ökostromanlagen beim Netzverlustentgelt

An dieser Stelle sei erneut darauf verwiesen, dass Ökostromanlagen von der Verpflichtung zur Leistung von Netzverlustentgelt ausgenommen werden sollten, wie dies durch die im September 2013 kundgemachte Novellierung des EIWOG 2010 nunmehr auch für neue Pumpspeicherkraftwerke oder Power-to-gas-Anlagen erfolgt. **Diesbezüglich halten wir eine breite energiepolitische Diskussion für sinnvoll und ersuchen Ihre Behörde eine solche Diskussion offensiv voranzutreiben.**



Geschäftsführung
IG Windkraft Österreich